



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2025

- 1. Wie bewerten Sie die gesellschaftliche Bedeutung der Jagd und wie setzen Sie sich für ihren Erhalt als Form nachhaltiger Nutzung des Eigentums ein? Wie stehen Sie zur Jagd als Beitrag zum Artenschutz und zur Eindämmung invasiver Arten wie Waschbär und Nutria (einschließlich Fangjagd)?**

Wir erachten die Jagd als wesentliches Element unserer Tradition und Kultur. Als solche ist sie besonders schützenswert und die Jäger haben bei uns oberste Priorität, wenn es um Fragen der Hege und Pflege oder aber um den Waldumbau geht. Wir setzen uns darüber hinaus für einen Artenschutz ein, der das gesamte ökologische Gefüge in den Blick nimmt und lokale Überpopulationen effektiv eindämmt, wenn dies erforderlich ist. Invasive Arten sind vielerorts ein Problem, weil sie das natürliche Gleichgewicht gefährden und sollten mit effektiven Mitteln bejagt werden dürfen. Hierzu zählen aus unserer Sicht auch die Fallen- und Fangjagd.

- 2. Wie stehen Sie zur Anpassung des Schutzstatus des Wolfes auf EU-Ebene für ein praktikables, rechtssicheres Bestandsmanagement? Wie wollen Sie bis dahin die Spielräume der FFH-Richtlinie nutzen und wollen Sie den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen? Wie stehen Sie zu einer Regelung für Notstandsituationen?**

Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit der Bejagung von Wölfen und freuen uns, dass sich auf EU-Ebene in dieser Hinsicht etwas bewegt hat. Ein Miteinander von Wolf und Mensch kann es nur geben, wenn Tierhalter effektiv geschützt werden und regionale Wolfsbestände so reguliert werden, dass sie ein tragbares Maß annehmen. Hierzu braucht es aus unserer Sicht klare nationale Vorgaben nach schwedischem Vorbild. Den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen, befürworten wir, ebenso die Streichung des besonderen Schutzstatus in der FFH-Richtlinie. Stattdessen setzen wir uns für regionale Populations-Obergrenzen ein.

- 3. Sind Sie der Ansicht, dass das Waffenrecht grundlegend überarbeitet werden muss (bitte begründen)? Wie stehen Sie zu den letzten Verschärfungen des Waffengesetzes? Wie stehen Sie zur Förderung der Umrüstung von Schießständen, um mit bleifreier Munition weiterhin tierschutzgerecht jagen zu können?**

Wir lehnen eine weitere Verschärfung des Waffenrechtes ab. Die letzten Gesetzesänderungen verfehlten erneut die Zielsetzung einer Steigerung der inneren Sicherheit und haben nur zu einem behördlichen Chaos für Legalwaffenbesitzer und potentiellen Kriminalisierung jedes Bürgers beigetragen.

Der Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler (VDB) hat 2023 einen Maßnahmenkatalog mit 20 Forderungen zur Novellierung des deutschen Waffenrechtes vorgelegt. Diese Vorschläge enthalten aus unserer Sicht alle wesentlichen Aspekte einer dringend notwendigen Reform der nationalen Gesetzeslage. Gleichzeitig mit einer Reform des deutschen Waffenrechtes muss aber auch die Europäische Feuerwaffenrichtlinie so überarbeitet werden, dass die Überbürokratisierung und sinnfreien Einschränkungen für Legalwaffenbesitzer zurückgenommen werden.

Die Förderung von Schießständen ist für uns eine Notwendigkeit, um die Ausbildung unserer Jäger zu unterstützen. Auch im Sinne des Tierwohls und einer tierschutzgerechten Jagd ist es förderlich, wenn hier mehr Mittel von staatlicher Seite bereitgestellt werden.

4. Wie wollen Sie den notwendigen Waldumbau wildtierfreundlich gestalten (mit Blick auf Lebensraumgestaltung, waldbauliche Schutzmaßnahmen, Wildbiologie und Tierschutz)? Wie stehen Sie hierbei zur wildökologischen Raumplanung?

Wir unterstützen einen Wald mit Wild anstatt einer einseitigen Bevorzugung der Ziele des Waldumbaus zu Lasten der Wildtierbestände. Natürliche Deckung gilt es wiederherzustellen und Aufforstungsflächen nicht nur durch das Mittel der Jagd, sondern verstärkt durch Einzäunungsmaßnahmen und andere waldbauliche Methoden zu schützen.

5. Wie stehen Sie zur Stärkung des Biotopverbunds, etwa durch einen Haushaltstitel für das Bundesprogramm Wiedervernetzung und wildökologische Raumplanung? Wie stellen Sie sicher, dass trotz Ausbaus erneuerbarer Energien Wanderkorridore für Arten wie Rotwild und Wildkatze langfristig erhalten werden?

Wir setzen uns vehement gegen die Industrialisierung unserer Wälder durch erneuerbare Energien ein. In diesem Sinne sind wir auch gegen die Zerschneidung von Wildlebensräumen durch Bauprojekte, die dort aus unserer Sicht nichts verloren haben. Die derzeitigen Pläne zur wildökologischen Raumplanung lehnen wir ab. Die gesetzlich normierte Aufteilung der Länder in rotwildfreie und rotwildgeduldete Gebiete ist aus wildbiologischer Sicht nicht zielführend, weil die Isolation kleine Reproduktionsgruppen schafft, in denen es aufgrund genetischer Verarmung zur Entwicklung ungünstiger Merkmale kommen kann, wie beispielsweise verkürzte Unterkiefer. Eine vernünftige und wissenschaftsbasierte Jagdplanung für das Rotwild muss deshalb alle seine Besiedlungsräume erfassen und dort auch verbindlich gelten

6. Was steht für Sie im Fokus bei Biodiversitätsmaßnahmen in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Maßnahmen für den Artenschutz besser in die Abläufe des jeweiligen Betriebes integriert und unbürokratisch umgesetzt werden können sowie attraktiv honoriert werden?

Die von der EU vorgeschlagenen Biodiversitätsmaßnahmen zielen im Wesentlichen darauf ab, die „nichtproduktive Ackerfläche“ zu erhöhen, sogenannte „Eco-Schemes“ einzuführen oder Vertragsnaturschutzmaßnahmen umzusetzen, die vor allem Nicht-Landwirten zugutekommen. Aus unserer Sicht sind diese Maßnahmen allesamt nicht sinnvoll, weil sie in der Realität dem Gedanken der guten fachlichen Praxis widersprechen oder aber unproduktives Verhalten subventionieren. Wir setzen uns für einen echten Vertragsnaturschutz ein, der die Landwirte stärkt und ihnen auch finanzielle Vorteile verspricht, wenn sie sich aktiv für Belange des Umwelt- und Artenschutzes einsetzen. Im Fokus steht dabei für uns eine gute Ausbildung und eine Vergütung von Verhalten, das den Artenreichtum auf der Fläche erhöht. Dabei setzen wir auf Anreize anstatt auf Verbote und wollen die Eigenverantwortlichkeit stärken.

7. Wie stehen Sie zu einer besseren Koordinierung und Unterstützung der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest durch den Bund, dem Abbau bürokratischer Hürden für die Direktvermarktung von Wildbret und zu Nachtsichttechnik (wie IR-Aufhellern und integrierten Geräten) bei der Wildschweinjagd?

Wir befürworten den Einsatz von modernen Jagdtechniken und Nachtzielgeräten, auch über die Wildschweinjagd hinaus, sofern dies im Einzelfall für die Bestandsreduzierung von Überpopulationen erforderlich ist. Auch die Vermarktung von Wildbret, das nachweislich keine Gefährdung für den Menschen darstellt, sollte aus unserer Sicht erlaubt sein. Diesbezügliche bürokratische Hürden gilt es abzubauen. Bei der

Bekämpfung der ASP befürworten wir eine verstärkte Koordinierung zwischen den Bundesländern, dem Bund und betroffenen Drittstaaten, um Gefahren effektiver abzuwenden. Nur übergreifende Strategien werden die Gefahr der sich ausbreitenden ASP eindämmen können.

8. Halten Sie die Zwangsmitgliedschaft der Jagdrevierinhaber in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft noch für zeitgemäß und für welche Änderungen setzen Sie sich ein?

Wir sehen die Zwangsmitgliedschaft der Jagdrevierinhaber in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft als überholt an und setzen uns für eine Neuregelung geltender Bestimmungen ein, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht.